Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 240 — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. Halver Mittwoch, den 5. Dezember 1923

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpfg. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die neue Regierung wird dem Reichstage ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, von dessen Schicksal die eventuelle Auflösung des Reichstages abhängig sein soll.

* Die Verhandlungen zwischen den Ruhr-Gewerkschaften und Industriellen wegen Wiedereinführung der Zehnstundenarbeitszeit sollen gescheitert sein.

* Es sollen deutsch-französische Abmachungen erzielt worden sein, nach denen der Bahnverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet am 11. Dezember wieder beginnt.

* Erhebliche Senkungen der Vieh- und Fleischpreise treten in Berlin und anderen Großstädten ein.

* Das amerikanische Staatsdepartement hat auf die Mitteilungen des amerikanischen Teilnehmers in der Reparationskommission um ergänzende Informationen über die Pläne zur Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit ersucht.

Gesundungsprozeß?

Man könnte es fast ein Wunder nennen: Am Sonnabend wurde in Zürich die deutsche Papiermark zu einem Kurse gehandelt, der einem Dollarstand von 5,75 Billionen entsprach und auf der Berliner „schwarzen" Devisenbörse, also in den Kaffees rings um die Börse herum, wurde der Dollar sogar bloß noch 5 Billionen „gesprochen" — oder glaubt einer etwa „gehandelt"? Die Papiermark steigt, erhält bald schon Raritätswert, ist jedenfalls bis auf weiteres „wertbeständig" — vielleicht erleben wir schon sehr bald den Augenblick, da die ausländischen Devisenkurse sich den Berliner Zwangskursen angeglichen haben.

Die „schwarze" Börse hatte am Sonnabend vor acht Tagen den Dollar noch mit 11 Billionen Papiermark notiert, und diese Notiz ist für die Preisgestaltung doch viel wichtiger als jener amtliche Devisenkurs, über den man zu lächeln sich angewöhnt hatte. Jetzt ist doch der Dollar gesunken, um mehr als die Hälfte gesunken — nun soll man in den Geschäften den Preisabbau nicht verhindern wollen mit der Begründung, daß der amtliche Devisenkurs unverändert geblieben ist, denn nach dem hat sich bisher doch praktisch niemand gerichtet. Wenn das neue Kabinett in seiner ersten programmatischen Erklärung ein Ermächtigungsgesetz vorlegen will, das ihnen die Möglichkeit geben soll, in die Preisbildung für lebenswichtige Waren einzugreifen, so glauben wir, daß ein solches Eingreifen doch wohl längst möglich ist auf Grund mehrerer vom Reichstag gebilligter Verordnungen des Reichspräsidenten, möglich, ist vor allem aber durch die Wucherpolizei. Und dieses Eingreifen hat auch vielfach stattgefunden, teilweise jedenfalls mit gutem Erfolg.

Es ist anzunehmen, daß ein solches Vorgehen gegen die Aufrechterhaltung der bisherigen Preishöhe durch das Publikum unterstützt wird. Der sogenannte Warenhunger im Publikum war zum allergrößten Teile nichts anderes als Flucht vor der Papiermark in die Sachwerte hinein. Man kauft alles mögliche, nur um die Papiermark schnellstens loszuwerden. Bleibt aber für die nächste Zeit die Papiermark einigermaßen wertbeständig, fließt noch mehr Rentenmark in die Hände der Konsumenten, so wird sich sehr bald eine Zurückhaltung der Käufer ergeben, die preisdrückend wirken muß, weil sie an die Stelle der früheren wilden Nachfrage tritt. Gleichzeitig ist anzunehmen, daß unter dem Einfluß der verlängerten Arbeitszeit sich die Produktion und damit das Angebot steigert; vermehrtes Angebot und verminderte Nachfrage — ganz abgesehen von der bis auf ein Minimum gesunkenen Kaufkraft der Massen — muß aber zum Herabsetzen der Preise oder zum — Zurückhalten der Ware führen. Gegen dieses letztere einzuschreiten, wäre allerdings eine sehr dankenswerte Aufgabe der Wucherpolizei. Wobei immer zu bemerken ist, daß diese Entwicklung nur solange möglich ist, wenn nicht äußere Umstände wie die Reparationsfrage, störend in sie hineingreifen.

Bisher haben die aufgezählten Momente schon eine Wirkung auf die Preise der Lebensmittel ausgeübt. Preisabschläge von 30—50 % sind dort vielfach zu verzeichnen. Nicht zuletzt ist ja die Preissteigerung durch das ganz untragbare Währungsrisiko verursacht worden, das der Kleinhändler jeder Art bei der Annahme des Papiergeldes einging; solange er nämlich damit rechnen mußte, daß die Papiermark am nächsten Tage vielleicht nur noch die Hälfte wert war. Dieses Währungsrisiko ist aber in der nächsten Zeit als ausgeschaltet zu betrachten, besonders auch dadurch, daß das wertbeständige Geld selbst jetzt schon vielfach in seine Funktion als Zahlungsmittel eingetreten ist. So sehr übrigens, daß es allmählich an der Zeit ist, die Rabatte für wertbeständige Zahlung aufzugeben, weil sie weiter nichts sind als eine Unterbewertung der Papiermark. Denn nicht eine willkürlich durch Verordnung befohlene Relation zwischen Papiermark und Rentenmark hat störend in die Herstellung eines natürlichen Verhältnisses zwischen diesen beiden Zahlungsmitteln eingegriffen, sondern die Dinge haben sich ganz von selbst entwickelt; es wäre geradezu zu begrüßen, wenn sich dieses Verhältnis nun nicht etwa wieder verschieben, die Papiermark etwa nach oben hin entwickeln würde, weil das neue Unruhe, vor allem Besorgnisse um die Zukunft der Rentenmark verursachen würde. Was wir brauchen, ist eine wirklich feste Stabilisierung dieses Verhältnisses, — solange die Papiermark noch als Zahlungsmittel von einiger Wichtigkeit ist, denn für die Preisbildung ist die Kalkulation die Hauptsache und diese ist nur möglich, wenn die Währungsverhältnisse einigermaßen stabil sind. Dann werden sich auch, wie früher, vernünftige wirtschaftliche Momente preisregulierend auswirken und Preistreibereien auf wirtschaftlich-natürlichem Wege verhindern lassen.

Hoffentlich sind das alles nicht bloße Zukunftsträume und zerschlägt uns nicht neuer französischer Machtbefehl jede Aussicht auf Gesundung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Halbamtlich wird zu der Meldung, für die Beamten sei ein zehnstündiger Arbeitstag geplant, mitgeteilt, es werde nur an eine 54stündige Arbeitszeit in der Woche gedacht. Auch handele es sich nicht um einen Vorschlag des Reichsministeriums des Innern, sondern um einen Auftrag des Reichskabinetts an dieses Ministerium, Vorschläge über die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten und Staatsangestellten dem Kabinett zu unterbreiten.

Wer wird Reichsbankdirektor?

Schon vor dem Tode Havensteins war die Rede davon, daß Reichswährungskommissar Dr. Hjalmar Schacht, vorher Direktor der Nationalbank, als Nachfolger Havensteins in Aussicht genommen sei. Jetzt teilt Dr. Schacht mit, daß ihm von keiner Seite jemals das Amt des Reichsbankpräsidenten zugesichert oder in Aussicht gestellt sei, daß er vielmehr das Amt des Reichswährungskommissars in jeder Beziehung vorbehaltlos angenommen habe. Von anderer Seite verlautet, das Reichsbankdirektorium hätte für den Posten den früheren Reichsfinanzminister Dr. Helfferich in Vorschlag gebracht. Der Reichsbankdirektor wird vom Reichspräsidenten auf Lebenszeit ernannt.

Ausschuß für die besetzten Gebiete.

Im Reichstag wurde ein Sechziger-Ausschuß für die besetzten Gebiete auf Grund der Reichstagswahlziffern von 1920 gewählt. Dabei wurden die Vorschlagslisten der Partei angenommen und die Sitze wie folgt verteilt: 20 Zentrum, 20 Sozialdemokratent, 6 Deutsche Volkspartei, 6 Deutschnationale, 4 Demokraten, 1 Bayerische Volkspartei, 1 Christliche Volkspartei, 2 Kommunisten. An bekannten Namen figurieren auf der Liste des Zentrums der Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Abgeordnete für Essen, Geh. Rat Hagen, Abg. Imbusch, Klöckner, Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach und Zurnieden.

Briefwechsel Kahr-Ludendorff.

Zwischen Herrn v. Kahr und dem General Ludendorff ist es zu einem Briefwechsel gekommen, in welchem der Generalstaatskommissar den General ersuchte, „bis zum Abschluß des Strafverfahrens wegen der Vorgänge vom 8. und 9. November sich jeder unmittelbar oder mittelbar für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung über diese Vorgänge zu enthalten". Gegen diesen Brief hat Ludendorff in seinem Antwortschreiben „schärfste Verwahrung" eingelegt und weiter ausgeführt: „Da von staatlicher Seite vor Abschluß der gerichtlichen Untersuchung Angaben verbreitet wurden, die zur Untersuchung standen, so sah ich mich gezwungen, für die Wahrheit und meine Ehre den gleichen Weg einzuschlagen. . . . Meine Äußerungen enthalten nur die Wahrheit. Wahrheit dürfte die Staatssicherheit nie gefährden."

Noch immer Separatistenspuk.

Aus Mainz wird gemeldet, daß sich in Koblenz wiederum eine provisorische separatistische „Regierung" gebildet habe, an deren Spitze Dorten stehe. Diese neue „rheinische Regierung" habe zwar Koblenz zur sogenannten Hauptstadt erwählt, jedoch vorläufig ihren Sitz im Kurhaus in Ems aufgeschlagen.

Sachsens Sozialdemokraten gegen die Reichsparteileitung.

In Dresden tagte ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, bei denen es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Politik der Gesamtpartei kam. Die vorherrschende Meinung war, daß ein Übereinkommen mit den Kommunisten natürlicher sei als irgendeine Koalition mit bürgerlichen Parteien. Ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsparteileitung und die Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Landwirtschaftlicher Selbstschutz in Hannover.

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover hat, um der Unsicherheit auf dem Lande entgegenzutreten, eine eigene Abteilung für Kriminal- und Sicherheitsdienst eingerichtet. Die Tätigkeit der Abteilung soll sich sowohl auf die Schaffung eines die ganze Provinz umspannenden straff organisierten Kriminaldienstes als auch auf die Einrichtung von örtlichen Sicherungen zur Verhütung verbrecherischer Anschläge erstrecken.

Aus In- und Ausland.

München. Am Sonntag kam ein kleiner Trupp demonstrierender Nationalsozialisten die Ludwigsstraße gegen das Stadtinnere heraufmarschiert. Der Zug wurde von der Landespolizei aufgehalten und zerstreut; einige Personen wurden verhaftet und zur Polizei gebracht.

Köln. Das Verbot der Kölnischen Zeitung durch die Rheinlandkommission ist auf acht Tage befristet worden. Der englische Delegierte hat dem Verbot nicht zugestimmt.

Essen. Dem Vernehmen nach hat die Ärzteschaft des Industriebezirks beschlossen, sich an dem Streik der Kassenärzte nicht zu beteiligen.

Paris. Nach Meldungen aus Mainz hat die Rheinlandkommission beschlossen, von der Stadt Mainz eine Entschädigung in Höhe von 100 000 Goldmark für die Erschießung des französischen Lehrers Constant am 20. Oktober zu verlangen.

Neues Ermächtigungsgesetz.

Bis zum 15. Februar.

Das neue Reichskabinett hat in einer Sonntagssitzung beschlossen, folgende Vorlage am Dienstag im Reichstag einzubringen:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt. § 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Diese Vorlage soll zunächst den Reichsrat beschäftigen, aber dem Reichstag sofort nach der Erklärung der neuen Regierung vorgelegt werden.

Bei Ablehnung Reichstagsauflösung.

Wie es heißt, soll die Regierung entschlossen sein, falls das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, den Reichstag aufzulösen. Die Neuwahlen sollen dann Ende Januar stattfinden. Bei der Abstimmung kommt auch die verfassungsrechtliche Frage in Betracht, ob die Verabschiedung dieses Gesetzes mit einfacher Mehrheit oder als verfassungsändernd mit Zweidrittelmehrheit erfolgen muß. Die Regierungsjuristen sollen der Ansicht sein, es genüge eine einfache Mehrheit. Aber selbst die einfache Mehrheit würde schwer zu erreichen sein, wenn die beiden großen Oppositionsparteien, welche die Regierung Stresemann stürzten, auch diesmal wieder sich gegen das Kabinett stellen würden. Darüber herrscht zurzeit noch keine Klarheit. Die Dinge liegen also reichlich unübersichtlich und Überraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Reichstagspräsident Löbe zum Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 3. Dezember.

Zu der Frage, ob das Ermächtigungsgesetz, das sich das Kabinett Marx vom Reichstag geben lassen will, eine Verfassungsänderung bedeutet und daher der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit bedarf, hat der Reichstagspräsident Löbe seine Ansicht dahin geäußert, daß dieses Gesetz ein verfassungsänderndes Gesetz sein und der qualifizierten Mehrheit im Reichstag bedürfen würde. Selbst, wenn in dem Text des Gesetzes ein Vorbehalt zur Wahrung der Reichsverfassung gemacht werden sollte, so sei ein solcher Vorbehalt hinfällig, da schon dadurch die Verfassung geändert werde, daß der Reichstag auf sein Gesetzgebungsrecht verzichte. Da eine Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz kaum zustande kommen würde, ist es möglich, daß der Reichstag der Auflösung verfällt.

Amerika will Aufklärung.

Das Schicksal der Reparationskonferenz.

Die angeblich erzielte Übereinstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich über die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit bleibt noch in Dunkel gehüllt. Amerika soll immer noch energisch darauf bestehen, Gewißheit über praktische Arbeit der geplanten Konferenz zu haben. Sonst ist es nicht geneigt, daran teilzunehmen.

Aus Washington verlautet, das Staatsdepartement beantwortete das Verlangen nach amerikanischer Teilnahme mit einem Ersuchen um weitere Informationen darüber, was zu tun geplant sei und bis zu welchem Grad die vorgesehenen Ausschüsse freie Hand erhalten sollten. Es gilt als sicher, daß die Vereinigten Staaten heute nicht geneigter sein dürften als vor einem Jahr, sich einer Reparationsuntersuchung anzuschließen, die keinerlei wesentliche Ergebnisse verspreche. Was die in Paris gemachten Vorschläge anbetreffe, daß amerikanische Bürger sich privat an den beiden Ausschüssen beteiligen, so müsse daran erinnert werden, daß Männer von Bedeutung es sicher ablehnen würden, ohne die volle Billigung ihrer Regierung zu handeln.

Wie in London behauptet wird, soll England durch einige Vorschläge Poincarés bestimmt worden sein, sich mit Frankreich einig zu erklären. Diese Vorschläge lauten angeblich:

1. Frankreich und Belgien treten sofort in Verhandlungen darüber ein, wie weit die militärische Besetzung des Ruhrgebiets abgebaut werden könne.

2. In direkten französisch-englischen Verhandlungen soll die Frage erörtert werden, wie das französisch-belgische Wirtschaftsregime im Rheinland mit den wirtschaftlichen Interessen Englands, insbesondere in bezug auf die Gefahr einer Schleuderkonkurrenz von Eisen und Stahl, in Übereinstimmung gebracht werden könne, und wie die Erträgnisse der westdeutschen Eisenbahnen und der deutschen Industrien zwischen den Mitgliedern der Entente verteilt werden können, nachdem die belgischen Prioritätsansprüche befriedigt seien.

Der amerikanische Botschafter soll diese Vorschläge auch seiner Regierung zur wohlwollenden Prüfung unterbreitet haben.

Der Bahnverkehr mit dem Westen.

Inbetriebsetzung am 10. Dezember.

Am 1. Dezember soll in Düsseldorf einer erste Reihe von Abmachungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der französisch-belgischen Eisenbahnregie unterzeichnet worden sein. Falls diese Abmachungen die Zustimmung der Reichsregierung fänden, würden sie am 10. Dezember in Kraft treten. Damit würde die Wiederaufnahme des seit dem 11. Januar unterbrochenen Verkehrs zwischen dem be-

setzten und dem nichtbesetzten Gebiet ermöglicht. Über eine Anzahl Einzelfragen sollen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In Berlin wurden diese Abmachungen noch nicht bestätigt, doch werden sie durch das offiziöse W. T. B. veröffentlicht, so daß ihre Tatsächlichkeit wohl angenommen werden darf.

Noten von beiden Seiten.

Waggonbeschlagnahme und Leipziger Vorfälle.

Der Deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat der Belgischen Regierung eine Note übergeben, in der auf die Beschlagnahme von rollendem deutschen Eisenbahnmaterial in Duisburg Bezug genommen wird, aus dessen Erlös die von der Belgischen Regierung geforderte Entschädigung für die Tötung des Leutnants Graff zugunsten der Familie des Getöteten und des belgischen Roten Kreuzes in Höhe von zusammen 1 250 000 Frank gedeckt werden soll. Die deutsche Regierung stellt fest, daß die belgische Regierung ihre Macht im besetzten Gebiet mißbraucht habe, um eine reine Rechtsfrage im Sinne ihrer einseitig erhobenen Forderung zu entscheiden, statt diese Rechtsfrage entsprechend dem Vorschlag der deutschen Regierung dem Internationalen Schiedshof im Haag zu unterbreiten.

Die Pariser Botschafterkonferenz hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note über die Vorgänge in Leipzig übersandt. Nach den vorläufigen Angaben waren sich die Botschafter darüber einig, daß die bisher vorgebrachte Entschuldigung der Reichsregierung nicht ausreichend ist; es müsse verlangt werden, daß die Reichsregierung sich auch bei der Überwachungskommission entschuldigt. Die Reichswehrunteroffiziere, welche den Offizier der Überwachungskommission verhafteten, müssen disziplinarisch bestraft werden. Es ist anzunehmen, daß diese Inhaltsangabe den Tatsachen entspricht.

Die Ruhrgefangenen.

Feststellungen der deutschen Pariser Botschaft.

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hat ein höherer Beamter der deutschen Botschaft in Paris im Einverständnis mit der französischen Regierung die im Gefängnis in St. Martin de Ré befindlichen deutschen Ruhrgefangenen besucht. Es befinden sich dort: Hans Stach, Hans Sadowski, Alois Alfred Becker, Georg Werner, Georg Zimmermann, Gustav von Oettinger, Hugo Klipper, Willi Ziegler, Ernst Kosch, Paul Brauer, Paul Goerges, Willi Karl Dreyer, Karl Frey, Georg Gruber, Max Hahme, Richard Lauth, Friedrich Maurer, Paul Sasse, Alfred Schneider, Heinrich Kunz, Adam Breitenbach, Adam Siegler, Paul Leers, Hans Gottfried, Wilhelm Diel, Ernst Schade, Johann Schwingen und Franz Roynicke.

Soweit die Adressen der Angehörigen festzustellen waren, sind diese von dem Ergebnis des Besuchs unmittelbar benachrichtigt worden. Angehörige, denen bisher keine Nachricht zugegangen ist, können sich unverzüglich an das Auswärtige Amt, Berlin W 8, Wilhelmstraße 75, wenden.

Fremde Werte in Banken.

Verpflichtungen bei der Aufbewahrung.

Aus dem Reichsjustizministerium wird zur Neuregelung der Pflichten der Banken bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Bankdepotgesetz von 1896 eine bedeutungsvolle Neugestaltung erfährt. Die Effekteninflation und die Steigerung der in Wertpapieren getätigten Umsätze hat für die Banken eine derartige Belastung zur Folge gehabt, daß sie der ihnen auferlegten Verpflichtung zur Absendung von Stückeverzeichnissen an ihre Kunden nicht mehr nachzukommen vermochten. Das hat für den Käufer von Wertpapieren insofern eine gefahrvolle Verschlechterung seiner rechtlichen Stellung herbeigeführt, als gerade durch die Übersendung der Stückeverzeichnisse eine schnelle Klärung der Eigentumsverhältnisse an den Wertpapieren erreicht werden sollte. Deshalb führt die neue Verordnung zwei wesentliche Änderungen ein.

Auf der einen Seite beschränkt sie die Verpflichtung der Banken für die Stückverzeichnisse auf das Maß des Möglichen, indem sie die Absendung von dem ausdrücklichen Verlangen der Kunden abhängig macht. Dieses Verlangen kann nicht durch entgegenstehende Vereinbarungen ausgeschlossen werden. Auf der andern Seite werden dem Kunden diejenigen Sicherheiten neu gewährt, deren er unter dem bisherigen Gesetz entbehrt. Die Neuerung besteht darin, daß dem Kunden für den Fall des Konkurses seines Bankiers ein Recht auf bevorzugte Befriedigung aus den in der Masse vorhandenen Wertpapieren gleicher Gattung und aus den Ansprüchen der Bank an Dritte auf Lieferung solcher Wertpapiere eingeräumt wird. Während also der Kunde bisher in der Regel nur eine gewöhnliche Konkursforderung geltend machen konnte, bieten ihm jetzt die in der Masse vorhandenen Wertpapiere gleicher Gattung und die entsprechenden Lieferungsansprüche der Bank eine reale Sicherheit, an die er sich vor allen anderen Konkursgläubigern zu halten berechtigt ist.

Ohne sachlichen Zusammenhang damit steht eine weitere Änderung des Bankdepotgesetzes. Sie erleichtert den Banken, einen Kontoübertragungsverkehr auf der Grundlage von Goldanleihestücken und Rentenbankscheinen einzuführen, indem sie die Banken insoweit von den besonderen Verpflichtungen des Bankdepotgesetzes befreit.

Lohnsteuer der 1. Dezemberwoche.

Die Verhältniszahl, mit der die Septembersätze zu vervielfältigen sind, ist für die Zeit vom 2. bis 8. Dezember von 700 000 auf 850 000 erhöht worden. Es sind somit bei Berechnung der Steuer zu berücksichtigen je für Mann und Frau 146 880 Millionen, für jedes Kind 979 200 Millionen, an Werbungskosten 1 224 000 Mark. Bei einem Wochenlohn von 50 Billionen würde sich für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern der Steuerabzug wie folgt gestalten:

Lohn		50 Billionen
Steuer 10 %		5 000 000 Millionen
steuerfrei für den Mann	146 880	
steuerfrei für die Frau	146 880	
steuerfrei für zwei Kinder	1 958 400	
Werbungskosten	1 224 000	3 476 160 Millionen
	Steuer	1 523 840 Millionen

abzurunden auf volle Milliarden nach unten = 1 523 000 Millionen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 5. Dezember 1923.

□ **Bareinzahlungen auf Frachtstundungskonto.** Der Reichsverkehrsminister hat verfügt, daß die Frachtstundungsnehmer jederzeit auf ihr Stundungskonto Bareinzahlungen leisten können bis zur Höhe der Frachtbeträge, die innerhalb eines Stundungszeitraumes aufkommen. Einzahlungen in Papiermark werden zum Kurse des Einzahlungstages angenommen und in Goldmark gutgeschrieben.

—* Auf die Bekanntmachung des Finanzamtes Lüdenscheid betr. Steuerabzug vom Arbeitslohn sei hiermit besonders aufmerksam gemacht.

× **Halver,** 4. Dez. Amtlicherseits wird uns mitgeteilt, daß den Lebensmittelgeschäften sowie den Geschäften lebensnotwendiger Bedarfsartikel neue Rentenmarkbeträge zugewiesen sind. Die Rentenmark kann in etwa der bisher zugeteilten Höhe gegen Papiermarkbeträge am Donnerstag vormittag im Amtshaus Zimmer 1 abgefordert werden.

× **Halver,** 5. Dez. Am kommenden Sonntag, den 9. Dez. wird der Dilettantenverein „Hohenzollern" im Saale der Karlshöhe einen Theaterabend veranstalten. Dem kunstliebenden Publikum wird somit Gelegenheit geboten sich eine Ablenkung von den Alltagssorgen zu verschaffen. Der Verein, der allen von früher durch gute theatralische Aufführungen bekannt ist, feiert an diesem Tage sein 24. Stiftungsfest. Als Hauptstücke wird „Der Erbförster" und „Desertiert" gegeben. Neben ernsten Dramen werden auch heitere Sachen zur Aufführung gelangen. Deshalb muß die Parole am Sonntag lauten: „Auf zur Carlshöhe".

× **Halver,** 4. Dez. Wie uns mitgeteilt wird, wird Mitte Januar die Deckstation in Grünenbaum durch das Gestüt in Warendorf mit zwei Hengsten wieder besetzt werden. Das Deckgeld pro Stute beträgt zwei Zentner Hafer; dasselbe kann in Produkte oder bar bezahlt werden.

= **Schalksmühle,** 5. Dez. Seit dem 1. d. Mts. ist in Schalksmühle die zweite Landjägerstelle durch den Landjäger Müller aus Hanau besetzt worden.

Meinerzhagen, 30. Nov. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde folgendes verhandelt und beschlossen: Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen auf Gewährung eines besonderen Zuschusses und Beschaffung von Lebensmitteln zur Verhandlung. Bezüglich eines baren Zuschusses wurde der Antrag zwecks Feststellung der Finanzlage bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, zur Beschaffung von Lebensmitteln die erforderlichen Kredite aufzunehmen. Die gewählte Kommission zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge regelt die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln. Die Vertretung sieht sich infolge der außerordentlichen Notlage der Erwerbslosen veranlaßt, nichts unversucht zu lassen, um unverzüglich Maßnahmen zur Herabminderung der Erwerbslosigkeit in die Wege zu leiten. Zur Zeit sind etwa 90% der gesamten im Gemeindebezirk Meinerzhagen ansässigen Arbeiter ohne gewinnbringende Beschäftigung und somit ohne gewinnbringende Einnahme. Arbeitsgelegenheit ist voraussichtlich bei dem Eisenbahnbau Meinerzhagen-Olpe vorhanden und wird der Gemeindevorstand beauftragt, unverzüglich an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, damit erwerbslosen Arbeitern der hiesigen Gemeinde bei dem Eisenbahnenbau Arbeit zugewiesen wird. Vertretung nahm Kenntnis von dem Wohnungsverhältnis in der Kantine unterhalb Winzenberg. Die Kosten für die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die freiwillige Sanitätskolonne wurden bewilligt. Die Gemeindezuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer wurden vom 1. 11. ab auf 150% festgesetzt. Die Beisitzer des Mieteinigungsamtes wurden gewählt. Der Antrag auf Wegeinstandsetzung in Schürfelde und Grünenbecke wurde der Wegebaukommission überwiesen. Die Vergütung für Reinigen und Heizen der Hofschulen setzte man auf 30 Goldmark für das Winterhalbjahr 1923 fest. Das Selektaschulgeld für das 2. Halbjahr 1923 wurde für einheimische auf 10 Goldmark und für auswärtige Schüler auf 20 Goldmark erhöht. Bevor die Vergütung für ärztliche Schulrevision endgültig festgesetzt wird, soll zuvor mit dem Schularzt in Verhandlung getreten werden. Die Landnutzung der Lehrpersonen wurde auf eine Goldmark pro qm festgesetzt. Ein Bedürfnis, das Spritzenhaus gegen Feuergefahr zu versichern, erkennt die Vertretung nicht an. Zum Schluß der Versammlung gab Herr Amtmann Vedder bekannt, daß Herr Gemeindevorsteher Hedfeld zum 1. Dezember d. Js. sein Amt als Gemeindevorsteher infolge seines hohen Alters niederlege. Herr Amtmann sprach dem scheidenden Gemeindevorsteher den Dank für die der Gemeinde geleistete Arbeit aus.

Münster, 3. Dez. Aus dem Gefängnis entwichen. Gestern abend entwichen aus der hiesigen Strafanstalt fünf Strafgefangene, darunter ein auf Lebenszeit Verurteilter. Die in der Schreinerwerkstatt beschäftigten Gefangenen inszenierten unter sich einen Streit. Der Wachthabende, der ihn schlichten wollte, wurde kurzerhand zu Boden geworfen und gefesselt, nachdem bereits die Läutevorrichtung unbrauchbar gemacht worden war. Während einer der Gefangenen sich auf das Gesicht des Wachthabenden setzte, fertigten die übrigen aus dem bereits fertiggestellten Holze eine Leiter an, mittels deren die Flucht gelang. Der Haupträdelsführer nahm den Mantel des Wachthabenden mit.

Münster, 3. Dez. Eine Verhandlung wegen eines nicht alltäglichen Falles von Urkundenfälschung bezw. schwerer Urkundenfälschung vor dem hiesigen Schwurgericht entrollte ein trauriges Bild. Der Angeklagte, ehemaliger Regierungsrat am Landesfinanzamt Münster, war vor dem Kriege Lehrer, wurde während des Krieges Offizier und stieg dann vom Handelsschullehrer bis zum Regierungsrat empor; außerdem war er Stadtverordneter und Provinziallandtagsabgeordneter. Auf diesen Posten mußte K. lange Zeit hindurch von seiner Familie, die in Insterburg wohnte, getrennt leben. Kurz vor Weihnachten 1922 verlor der Angeklagte auf einer Bahnfahrt sein ganzes Gepäck. Als er, um den Schaden anzumelden, in der Essener Eisenbahndirektion vorstellig wurde, nahm er in einem unbewachten Augenblick von einem dort liegenden Block mit Freifahrtscheinen 2. Klasse einige Formulare an sich. Diese stellte er auf seinen Namen aus, versah sie mit einem undeutlichen Stempel des Finanzamtes und benutzte sie mehrmals zur Reise nach seiner Familie. Nachdem der Angeklagte seit Entdeckung seiner Verfehlungen aus dem Reichsdienst ausgeschieden ist, betätigt er sich bei einer großen Berliner Bank als Steuersyndikus. K. gestand seine Verfehlungen ein und gab als einziges Motiv für seine Handlungsweise die Liebe und das Heimweh zu seiner Familie

---

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

Nachdruck verboten.

Durch das weitoffene Fenster ging der Blick auf das geräumige Gebiet des Marktes hinaus, in dessen Mitte sich der in den Straßenecken mehrfach wiederholte Backsteinbau des alten Rathauses breit und ungefüge emporreckte.

Die Vormittagssonne lag warm und prall auf dem holprigen Steinpflaster.

Auf dem schmalen Trottoirstreifen, der die lange Front der hohen Giebelhäuser in unregelmäßigen Biegungen umzog, erschien selten ein Mensch.

Vor der Einfahrt des Hotels zum „Goldenen Löwen" hielt der klapprige Hotelwagen.

Ein Geschäftsreisender plauderte im Hauseingang mit dem Oberkellner; das Sonnenlicht spiegelte sich mit einem starken Reflex in seiner umfangreichen Glatze, und die weiße Weste leuchtete wie ein heller Farbenfleck auf dunklem Grunde.

„Hab' ich den Markt und die Straßen doch nie so einsam gesehen", zitierte Dr. Reinwaldt und lehnte sich behaglich in die Rundung des ganz zerfessenen, ehrwürdigen Sofas. „Wartenberg geht wirklich von Jahr zu Jahr mehr zurück. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen meines Freundes Selbmann."

„Ja, ich wünschte auch, wir wären lieber daheim geblieben und hätten unser Morgenbad nicht versäumt!" versetzte Herta. „Pahlowitz ist doch hundertmal schöner als dies langweilige Nest."

Ein sehnsüchtiger Ausdruck stand in ihren Augen, als sie jetzt zu dem halbverblichenen, alten Stahlstich emporsah, auf dem seit unvordenklichen Zeiten Horatio Nelson in einer heroischen Pose inmitten von Pulverqualm und zuckenden Feuerstrahlen die Seeschlacht von Trafalgar kommandierte.

„Nun, zur Abwechselung ist es bei Lauterbach doch auch mal wieder ganz nett", meinte Trude und ließ den letzten Pastetenrest hinter ihren blinkenden Zahnreihen verschwinden. „Sie wollten uns übrigens ja noch ein düsteres Staatsgeheimnis anvertrauen, Dr. Reinwaldt, und verschoben Ihre Mitteilungen bis zu Lauterbach, weil Ihnen der Wagen auf der Chaussee zu sehr klapperte. Ich glaube, der große Augenblick dürfte jetzt gekommen sein."

„Da haben Sie recht, Fräulein Trude!"

Der kleine Philologe entzündete mit bedächtiger Langsamkeit eine Zigarre und blies nachdenklich ein paar blaue Rauchringe gegen den Dreimaster des englischen Seehelden.

„Es spukt in Pahlowitz."

„Es spukt?" wiederholten die beiden Mädchen wie aus einem Munde, und die spottlustige Trude vollendete neckend: „Wenn es nur bei Ihnen selbst nicht spukt, Herr Doktor!"

Dr. Reinwaldt bewegte gelassen die Hand.

„Lachen Sie meinetwegen nachher über mich, meine Damen! Aber zuvor vernehmen Sie die Geschichte dieser letzten Nacht!"

Und er erzählte in seiner klaren, schmucklosen Art ganz kurz sein kleines Abenteuer im Schloßkorridor.

Herta, die mit wachsender Spannung gelauscht hatte, unterbrach zuerst das etwas betretene Schweigen.

„Da haben wir's ja", rief sie mit blitzenden Augen. „Ich habe dieser Hansen noch nie getraut. Sobald wir nach Hause kommen, gehe ich zu meiner Schwester und werde sie mal gründlich über ihren Abgott aufklären."

„Aber Fräulein Herta, warum gleich so hitzig? Da müssen wir doch ein wenig diplomatischer vorgehen. Was können Sie denn im Grunde gegen Fräulein Hansen vorbringen? Das sie einmal einen nächtlichen Spaziergang unternommen hat, ist schließlich doch kein Staatsverbrechen. Ich bin ja auch in meinen Eröffnungen noch gar nicht zu Ende, denn ich habe noch eine weitere Entdeckung gemacht als die mondsüchtigen Eskapaden Fräulein Hellas."

Von neuem machte er eine kleine Kunstpause und ließ die Rauchwolken seiner Zigarre über die Seeschlacht von Trafalgar dahinziehen.

Ich bin nämlich einer geheimen Verbindung auf die Spur gekommen zwischen Fräulein Hansen und — Herrn von Alsleben."

„Aber Herr Doktor!"

Unwillkürlich war Herta halb von ihrem Stuhl aufgefahren, daß das kleine Marmortischchen ins Schwanken geriet und Gläser und Teller leise aneinanderklirrten.

„Um Gottes willen, Herta, komm zu dir. Sonst gibts noch Polterabend!" bat die kaltblütigere Trude und zog die vor Erregung glühende Freundin wieder auf ihren Sitz herab.

„Sie sind wohl unter die Märchenerzähler gegangen, Herr Doktor?" schloß sie dann mit einem verächtlichen Seitenblick.

„Die Hansen und Herr von Alsleben? Das kann man wirklich auch nur Ihnen weismachen!"

Dr. Reinwaldt zuckte die Achseln.

„Es tut mir leid, daß ich Herrn von Alsleben in diese etwas peinliche Nachbarschaft bringen muß. Aber was ich Ihnen erzähle, sind keine Märchen, sondern Tatsachen. Bitte, urteilen Sie selbst:

Als ich Fräulein Hansen im Korridor beobachtete, legte ich mir natürlich die Frage vor, was dieser ganze Unfug eigentlich wohl zu bedeuten haben könnte, und verfiel auf das Nächstliegende, nämlich ein nächtliches Rendezvous. Wenigkeit abgesehen — hierfür in Betracht zu kommen das einzige männliche Wesen, das mir — von meiner schien, war Herr von Alsleben, denn, wie mich ein Blick in den Park belehrte, brannte im ganzen Umkreise des Schlosses bei ihm allein noch Licht. Ich machte mich daher auf dem schnellsten Wege zum Kavalierhaus auf, erlebte dort aber, um dies gleich vorweg zu nehmen, zunächst eine absonderliche Enttäuschung.

Herr von Alsleben saß ruhig arbeitend an seinem Schreibtisch und war so völlig unbefangen, daß ich sehr bald jeden Verdacht gegen ihn fallen ließ. Von Fräulein Hansen natürlich keine Spur. Und doch sollte mein später Besuch nicht ganz ergebnislos bleiben.

Entsinnen Sie sich vielleicht noch eines Armbandes in Schlangenform, das Fräulein Hansen bei ihrem ersten Auftreten in Pahlowitz trug?" unterbrach er sich dann plötzlich und streifte mit dem Nagel des kleinen Fingers der linken Hand vorsichtig die Asche seiner Zigarre ab.

Die kleine Baronin nickte eifrig.

„Gewiß, Herr Doktor, ganz genau! Es war eine sehr schöne Gliederschlange mit einer Saphirkrone, die allgemein auffiel. Fräulein Hansen erklärte mir noch den Mechanismus des Verschlusses und erzählte dabei, daß das Armband nach einem alten Familienring gearbeitet worden sei."

„Aha!" —

Mit der triumphierenden Miene eines Untersuchungsrichters, dem soeben die Ueberführung eines Verbrechers gelungen ist, reckte sich Dr. Reinwaldt stolz empor.

(Fortsetzung folgt.)

gesellschaft unter der Bezeichnung „Aktiengesellschaft Sächsische Werke“ umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen werbenden Staatsbetriebe, die Hüttenwerke, das Blaufarbenwerk, die Porzellanmanufaktur und das Kaliwerk als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter bewirtschaftet werden.

Aufgehobene Nationalsozialistenvereinigung.

Dresden, 3. Dezember. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei meldet: In Eisenberg-Moritzburg wurde eine Vereinigung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ausgehoben. Vorsitzender war der dort ansässige Lehrer Philipp. Die Zusammenkünfte fanden in der Schloßschenke statt. Bei einer Anzahl der Mitglieder dieser Vereinigung wurden Haussuchungen vorgenommen und Gummiknüppel, Programme der Vereinigung und Werbeliteratur beschlagnahmt.

Notlage im Ruhrgebiet.

Essen, 3. Dezember. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung werden in Essen 60 % der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise unterhalten. Die Stadt sieht sich außerstande, für 270 000 Personen Volksküchen einzurichten.

Selbstmord eines Prinzen.

Linz, 3. Dezember. Prinz Alexander zu Schaumburg-Lippe, der zweiundzwanzigjährige Sohn des Prinzen Albrecht zu Schaumburg-Lippe, hat sich am Sonntag in einem Walde bei Mundersing in der Nähe von Mattighofen erschossen.

Französisches Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses.

London, 3. Dezember. Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung sicherem Vernehmen nach den früheren Generaldirektor im Finanzministerium, Parmantier, zum französischen Delegierten in dem von der Reparationskommission geplanten ersten Sachverständigen-Ausschuß ernennen wird, der sich mit dem deutschen Budgetausgleich und der Markstützung beschäftigen wird.

Unterbrechung des Fernsprechverkehrs zwischen London und Paris.

London, 3. Dezember. Seit gestern früh ist die telephonische Verbindung mit Paris aus unerklärlichen Ursachen völlig unterbrochen. Gestern Abend war die Postbehörde noch nicht in der Lage, anzugeben, wann der Dienst wieder aufgenommen werden kann.

Zurückgabe des geretteten Eisenbahnmaterials an die Regie?

London, 3. Dezember. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, der Regie alle seiner Zeit auf den Ruhreisenbahnen gerettete Lokomotiven und das in Sicherheit gebrachte Eisenbahnmaterial wieder zur Verfügung zu stellen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Landesverräter vor dem Reichsgericht.** Der Bauer Philipp Flecken in Aachen war infolge Arbeitslosigkeit in Not geraten. Er fiel einem belgischen Spion in die Hände, dem er Material über Schupohundertschaften verschaffen sollte. Seine Versuche mißglückten, und die Verhaftung erfolgte. Das Reichsgericht verurteilte ihn zu sechs Jahren Zuchthaus.

— Der 19jährige Schütze Paul Kurras des 6. Reichswehr-Infanterieregiments war in Lübeck mit einem Regimentskameraden flüchtig geworden. Beide wollten nach der Türkei auswandern, wurden aber in Österreich angehalten und nach Bayern abgeschoben. Die beiden Flüchtigen wanderten mit zwei anderen Genossen nach dem Westen und fanden in Wiesbaden Arbeit bei den Franzosen. Ein französischer Agent setzte eine hohe Belohnung für die Beschaffung von Regimentsbefehlen aus. Kurras wandte sich wieder nach Lübeck, wo er infolge seiner früheren Beziehungen Material zu bekommen hoffte. Den ersten besten Soldaten suchte er auszufragen. Dieser erstattete aber Anzeige. Kurras wurde festgenommen und nunmehr vom Reichsgericht zu zehn Jahren neun Monaten Zuchthaus verurteilt.

Arbeiter und Angestellte.

Bochum. (Für Überstundenarbeit.) In einer etwa von 5000 Arbeitern in Bochum besuchten Versammlung auf dem Schützenhof wurde von den Gewerkschaftsführern die Lage der Industrie besprochen. Man beschloß, an dem gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten, erkannte aber die vorübergehende Notwendigkeit der Überstundenarbeit wegen der wirtschaftlichen Lage an.

Börse und Handel.

Geldflüssigkeit bei schwacher Börse.

Auch an der Berliner Montagbörse blieben die Devisennotierungen ziemlich unverändert — der Dollar mit 4,2 Billionen —, doch wiesen die Meldungen aus dem Auslande eine unverkennbare Besserung der Papiermark auf. Die Börse reagierte darauf mit ziemlicher Schwachheit, die Kurse für Effekten bröckelten ab, nur deutsche Staatsanleihen gewannen etwas. Die Geldflüssigkeit hielt an, tägliches Geld war für ¼ bis ½ % schon zu haben. Auch aus Köln, das sonst immer bei den Marksturzen voranging, wurde bessere Notierung für Papiermark berichtet. Goldanleihe war stark angeboten, Kriegsanleihe bewegte sich nach oben.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	3. 12. gesucht	3. 12. angeb.	1. 12. gesucht	1. 12. angeb.
Holland 1 Gulden	1 576 050	1 583 950	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	754 110	757 890	758 100	761 9 0
Schweden 1 Kr.	1 097 250	1 102 750	1 105 230	1 110 770
Norwegen 1 Kr.	626 430	629 570	634 410	637 590
Finnland Mark	104 737	105 263	103 740	104 260
Amerika 1 Doll.	**1189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 154 500	18 245 500	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	728 175	781 825	738 150	741 850
Frankreich 1 Fr.	225 435	226 565	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	193 515	194 485	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	58 852	59 148	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	219 450	220 550	219 450	220 550

Deutsche Werte am 1. Dezember.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen	4 4 Bill. „
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „ „
Eine Goldmark	1000 „ „

* **Ostdevisen** wurden am 3. Dezember von der halbamtlichen Kommission in Berlin wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 20 985 M. G., 21 105 M. B.; Kattowitz 1259 T. G., 1291 T. B.; Riga 16 078 M. G., 16 322 M. B.; Reval 11 910 M. G., 12 900 M. B.; Kowno 415 800 M. G., 424 200 M. B. Notennotierungen: polnische Mark 11 210 G., 11 790 B.; estnische Mark 11 210 G., 11 790 B.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 3. Dezember. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark): Weizen märkischer 193—199. Ruhig. Roggen märkischer 174—178, westpreußischer 171—172. Ruhig. Sommergerste 195—205. Ziemlich fest. Hafer märkischer 159—162, pommerscher 155—158. Ruhig. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 33—36,50. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 30—33. Ruhig. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Ruhig. Raps 335—340. Ruhig. Viktoriaerbsen 48—58, kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13,50—14, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 30-70 7, Kartoffelflocken 19—20.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,75—0,95, desgl. Haferstroh 0,65—0,85, desgl. Gerstenstroh 0,65—0,85, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,55—0,65, Häcksel 1,90, handelsübl. Heu 1,30—1,40, gutes Heu 1,60—1,80.

* **Rentenmarkscheine** bei den Banken erhältlich. Die Fertigstellung der Rentenmarkscheine ist soweit vorgeschritten, daß von jetzt ab Stücke auch auf dem Wege über Banken und Bankfirmen bezogen werden können.

* **Senkung der Viehpreise in Berlin.** Unter dem Druck der behördlichen Maßnahmen sind die Fleischpreise in Berlin ziemlich gesunken. Die Preise sind zwar noch höher als die Friedenspreise, haben sich aber einen erheblichen Abstrich gefallen lassen müssen. Etwa um 30 % sind die Preise gedrückt worden. Ochsen und Bullen, die bisher das Pfund Lebendgewicht je nach Qualität 650 bis 850 Milliarden Mark kosteten, sind auf 350 bis 750 Milliarden Mark heruntergedrückt worden. Kalbfleisch ist unverändert geblieben. Dagegen haben sich die Preise für Schweinefleisch für das Pfund Lebendgewicht von 1500 und 1400 auf 1250 und 1100 Milliarden Mark gesenkt.

Vom Lebensmittelmarkt.

* In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 3. Dezember folgende Pfundpreise (in Milliarden Mark) verlangt: Rindfleisch 1800—2800, Kalbfleisch 1600—3000, Hammelfleisch 2000—2600, Schweinefleisch 2500—3000, geräucherter Inlandsspeck 4400—4800, Leberwurst 2000—4400, Hasen 1700, Gänse ab 1800, Enten ab 3000, Hühner ab 1800, Puten 2500, Kabeljau 1200, Schellfisch 900—1000, Aal 4000, Heringe 600—800, Bücklinge 1300—1800, Sprotten 1000—1400, Salzfettheringe 170, Äpfel bis 1200, Birnen bis 1000, Weißkohl 80—90, Rotkohl 130 bis 150, Sauerkohl 260, Steckrüben 58, Mohrrüben 80—100, Tomaten 400—650, Zwiebeln 350—380, Erbsen 550—600, weiße Bohnen 450—530, Butter 3000, Margarine 1000—1160, Schmalz 1210, Tilsiter Käse 1800—2250, Harzer Käse 1600—2000, ein Ei 320, Kunsthonig 800—850, Pflaumenmus 900—1000, Malzkaffee 500, Zucker 650, Weizenmehl 320—380, Streichhölzer 50.

Berlin, 4. Dez. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh Bell jr., Halver i Westf

Alfred

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Jungen

zeigen in dankbarer Freude an

Richard Escher u. Frau
Bertha geb. Roth

***Mailand**, den 27. November 1923*
Viale Bianca Maria 39.

Die Firma **Heinrich Jung & Co. in Halver** beabsichtigt auf Flur 18 Nr. 307/18 der Steuergemeinde Halver ein **Wohnhaus** zu errichten.

Gemäß § 16 des Gesetzes betr. Gründung neuer Ansiedlungen vom 10 August 1914 bringe ich dieses zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß Einsprüche hiergegen binnen einer Frist von 21 Tagen, beginnend am 3. ds. Mts bei dem Kreisausschuß in Altena erhoben werden können.

Halver, den 1. Dezember 1923.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug ist ab 2. Dezember 1923 auf **850 000** festgesetzt Der Multiplikator für Sachbezüge ist ab 6. Dezember 1923 auf **1 000 000** festgesetzt.

Anträge auf Bewilligung von Steuerermäßigung beim Lohnabzug für mittellose Angehörige gemäß § 47 R E St. G für das Jahr 1924 sind bis zum 15. 12 bei dem Finanzamt — Lohnsteuerabtlg — schriftlich oder Dienstags und Donnerstags während der Sprechstunden mündlich zu stellen falls die Ermäßigung vom 1. 1. 1924 ab gewährt werden soll. In gleicher Weise sind die Anträge auf Erhöhung des Werbungskostenpauschsatzes zu erneuern (Kriegsdienstbeschädigung usw).

Es empfiehlt sich, die Anträge gesammelt durch den Arbeitgeber einzusenden

Lüdenscheid, den 27. November 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew, Regierungsrat.

Gedenket der hungernden Vögel!



Kommt ihr einst zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt, was ich gelitten habe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh'.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, gestern abend 11 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater und Schwiegervater, den

Landwirt

Karl Schmidt

nach langem, schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Karl Schmidt
Lina geb. Volkenrath
nebst Kindern.

Glörfeld und Recklinghausen, den 4. Dezember 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Dezember, vorm. 10 Uhr, vom Trauerhause in Glörfeld aus statt.

Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen zwingen uns, allen denen unsern

innigsten Dank

auszusprechen, die dazu beitrugen unsern Schmerz zu lindern. In Sonderheit danken wir Herrn Pastor Pels-Leusden für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Aerzteverein, Jungdeutschen Orden und Turnverein für die dem Entschlafenen erwiesene Ehrung.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau San. Dr. Deisting.

Mit dem heutigen Tage haben wir neben unserm **en gros Geschäft** ein

Detail-Geschäft

Berlinerstraße 4

— eröffnet. —

und bitten um geneigten Zuspruch.

Wir bieten zu en gros-Preisen an:

Kaffee	**Erbsen**
Zucker	**Waschpulver**
Reis	**Kernseife**
Bohnen	**usw. usw.**

Gebr. Haase, Halver
— Telefon 151. —

Jäger u. Kleintierhalter!

Milliarden- und Billionenpreise
zahle ich für

alle Fellsorten.

Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Reh-, Kalb-, Iltis-, Marder-, Fuchs-, Maulwurf-, Katzen- und Eichhörnchen-Felle.

Komme Donnerstag den ganzen Tag nach Halver bei E. Sondermann, Hochstr.

Großer Einkauf von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachm zu hohen Preisen.

Aug. Jäger, Remscheid,
— Fellhandlung. —
Telefon Nr. 3169.

Ständige Fellannahme:
Vertreter: **Ernst Sondermann Halver Hochstr.**

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft: 1355

— Leder —

in Hälften, Croupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Täckse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzeisen Marke „Braja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuhcremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle in allen Größen und Farben.

Spezialität:
fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,
Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel,
Kierspe-Bahnhof i. W.
Hauptstr. Nr. 229.
Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Körtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

Als passende
Geschenkartikel
empfehle für das
Weihnachtsfest
elektr. Bügeleisen
„ Wasserkocher
„ Beleuchtungskörper usw.
in großer Auswahl zu günstigen Preisen.

Hugo Köhler,
Halver,
Installationsgeschäft,
— Fernruf 58. —

Gewerbl. Mittelstandsvereinigung f. d. Amt Halver.

Neue **Rentenmarkbeträge** sind eingegangen Die Verteilung erfolgt in bisheriger Weise. Die Beträge können am Donnerstag vormittag im Amtshause, Zimmer 1, abgefordert werden

---

Korbwaren

empfiehlt

Wilh. Bell jr.,
Halver.